SAZ
DIE LINKE. STADTVERBAND SUHL

Suhler Andere Zeitung

21. Jahrgang
April 2012
Preis: eine Spende

Sonderausgabe zur Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Suhl

Am **22. April** wählen die Suhlerinnen und Suhler den

Oberbürgermeister der Stadt Suhl.

Stimmen Sie für den Kandidaten der Partei DIE LINKE

Holger Auerswald!

Entscheiden Sie sich für mehr Demokratie und Bürgernähe!

Interview mit MdB Jens Petermann (Die LINKE)

Kommunale Entscheidungen betreffen die Menschen unmittelbar

Erst Stadtrat und kurz darauf gleich Bundestagsabgeordneter – für einen Quereinsteiger eine recht rasante Karriere. Wie lassen sich die beiden Mandate sinnvoll verbinden?

Politik kann nur gut und erfolgreich sein, wenn sich die Betroffenen ernst genommen fühlen, der Austausch mit den Menschen in ihren verschiedenen Verantwortungsbereichen offen geführt wird und daraus auch die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Gerade auf der kommunalen Ebene ist der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern besonders eng. Auf die täglichen Gespräche mit verschiedensten Menschen vor Ort kann ich nicht verzichten. Nur so kann ich mir Bodenhaftung und Bürgernähe bewahren und diese Erfahrungen in die Arbeit auf Bundesebene einbringen. Denn auch im Bundestag ist es die Pflicht eines gewählten Volksvertreters, Politik für die Menschen in diesem Land zu machen.

Wo liegen die sichtbarsten Unterschiede zwischen den beiden Ebenen?

Im Bundestag habe ich es mit einem professionalisierten Politikbetrieb zu tun. Es ist wichtig, sich nicht durch die eingespielten Mechanismen vom Wesentlichen ablenken zu lassen. Man muss immer mitdenken, welchen Einfluss bundespolitische Entscheidungen auf die Länder und Kommunen haben und welche konkreten Auswirkungen auf das Leben der Menschen damit einhergehen.

Das ist in der Kommunalpolitik anders?

Ein Stadtrat hat es nicht mit den großen, ich sage mal „Welt-Themen“ zu tun. Das heißt allerdings nicht, dass die Entscheidungen auf kommunaler Ebene weniger wichtig sind. In der Regel betreffen sie die Menschen sogar unmittelbarer.

Sind Bundestag und Stadtrat also zwei verschiedene Welten?

Die Arbeit ist anders, aber doch nicht so weit voneinander entfernt, dass sie unvereinbar wäre. Im Gegenteil glaube ich, dass Kommunalpolitiker auf der Bundesebene anders an die Themen herangehen können, weil sie die Kommune stets im Blick haben. Zudem können wir die Fragestellungen, die in der Kommune aktuell sind, aus dem bundespolitischen Blickwinkel auch in die Debatte im Bundestag einbringen. Am Ende geht es aber auf beiden Ebenen darum, Mehrheiten für seine Überzeugungen zu finden.

Lässt sich diese Verzahnung an einem Beispiel aufzeigen?

In der aktuellen Debatte auf Bundesebene streiten wir über die Förderung der Solarenergie. Die von der Bundesregierung geplanten

Kürzungen treffen unmittelbar die Kommunen – gerade auch in Thüringen. Die Solarbranche hat viele Jobs geschaffen, die nun in Gefahr sind, weil die Gelder weg brechen können. Jetzt müssen die Kommunen versuchen, über die Dezentralisierung der Stromversorgung die Solarbranche zu stützen, aber auch eigene Wertschöpfungsketten zu entwickeln. Wir müssen uns unabhängig machen von den vier großen Stromkonzernen, um eine sinnvolle Energieversorgung für die Zukunft zu ermöglichen und den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft voran zu treiben.

(Die Fragen stellte Natalie Rottka)

Von MdB Petra Pau (DIE LINKE.), Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Mehr Demokratie, mehr Bürgerrechte, mehr Teilhabe

„Betroffene zu Beteiligten machen." Das war ein Credo, als die Linke ab 2001 im Land Berlin mitregierte. Bürgerinnen und Bürger sollten in eigener Sache schlicht mehr mitbestimmen dürfen. Ging es um Volksbefragungen und Volksentscheide, so rangierte Berlin im Ländervergleich bis dato auf Platz 16. Wir änderten Gesetze, erleichterten Verfahren und erweiterten Rechte. „Berlin ist Spitze!", urteilte der Verein „Mehr Demokratie" danach.

Fortan geschah Wundersames. Ausgerechnet die CDU, die sich stets gegen mehr Demokratie gestemmt hatte, mauserte sich zur außerparlamentarischen Opposition. Unentwegt sammelten sie Unterschriften für Volksbegehren, mal gegen einen Straßennamen, mal für den Erhalt eines Flughafens, mal für mehr Religionsunterricht. Vor allem aber viele Bürgerinnen und Bürger mischten nun in der Stadtpolitik wieder kräftiger mit, nicht nur alle fünf Jahre an der Wahlurne. Sie erhoben sich zu Beteiligten.

Auch in meinem Wahlkreis wurde ein „Bürgerhaushalt" eingeführt und ausprobiert. Engagierte Marzahner und Hellersdorfer fanden zusammen, um Prioritäten zu vereinbaren: welche sozialen Initiativen sind zu fördern, wo soll eine Freizeiteinrichtung entstehen, welche Verkehrslösungen drängen? Die Bürgermeisterin, ebenfalls eine Linke, beförderte diesen frischen Wind nach Kräften. Das waren keine Wünsch-Dir-Was-Veranstaltungen. Kein Problem verflüchtigte sich ins Nichts und kein Euro mehr floss in die Kommunalkasse. Aber immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlten sich gefragt, statt regiert.

„Mehr Demokratie wagen!", war mal ein Schlüsselsatz von Alt-Bundeskanzler Willi Brandt. Heute wäre das dringender denn je. In Fragen direkter Demokratie ist Deutschland noch immer ein EU-Entwicklungsland. Und die Europäische Union selbst erscheint vielen wie eine undurchschaubare Black Box. Das und mehr schafft Demokratieverdruss und somit Einfallstore für rechtsextreme Kameraden mit ihren menschenverachtenden Parolen.

Meine Erfahrung besagt: Gegen Demokratieverdruss helfen keine mahnenden Worte, sondern letztlich nur mehr Demokratie, mehr Bürgerrechte, mehr Teilhabe. Im Großen und im Kleinen, im Bund und in der Stadt, im Betrieb und in der Schule - mehr Gesellschaft, weniger Staat, auch das ist Demokratie.

Überall rebellieren vor allem junge Leute gegen allmächtige Finanzspekulanten. Manch Politiker fühlt sich dadurch in seinen Kreisen gestört. Gut so! Klügere reiten nicht auf dem hohen Ross. Besser so! Aber letztlich gebietet das Grundgesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Nehmen wir es doch einfach beim Wort.

Von Holger Auerswald, Kandidat der LINKEN für die Wahl des Suhler Oberbürgermeisters

„Mit dem Gesicht zum Volke"

Wer hinhört, wenn er durch die Stadt geht, der merkt schnell, dass die Menschen sich Gedanken machen um das Schicksal ihrer Stadt. Doch wo sind die kommunalpolitischen Räume zum Gedankenaustausch? Reicht dafür eine Abgeordnetendemokratie wirklich aus? Die Menschen reden miteinander über die Probleme, im Bus, beim Einkauf, am Stammtisch oder bei der Arbeit. Doch wo sind die kommunalpolitischen Instrumente, die den Dialog mit den BürgerInnen fördern. 1992 gab es die Konferenz von Rio. Dort heißt es unter anderem „... jede Kommune, jede Verwaltung soll sich Instrumente schaffen zum Dialog mit den Einwohnern". Durch die Konferenz animiert, bildeten sich vielerorts Gruppen der Lokalen Agenda 21. Diese haben sich unter anderem zu einer neuen Kultur der Entscheidungsfindung verständigt. Hierarchiearme Strukturen sollten Entscheidungen vorbereiten.

In der Wendezeit bildete sich eine solche Kultur heraus – die Kultur der runden Tische. Je drängender die Probleme für alle Menschen werden, umso notwendiger ist der Dialog. Ich denke da an ein Lied von Gerhard Schöne „ mit dem Gesicht zum Volke – nicht mit den Füßen in ner Wolke". Kommunen brauchen eine Politik mit vier „M": Dem **Mitdenken** und **Mitreden** muss das **Mitentscheiden** folgen. Deshalb plädiere ich für Bürgerentscheide. Allerdings fehlt der Kommunalverfassung in Thüringen noch ein Instrument: Der Ratsentscheid. Damit wäre die Chance gegeben, die Bürger in Entscheidungen einzubinden. Bisher können Bürgerentscheide dann stattfinden, wenn Bürger einen entsprechenden Antrag stellen. Mitentscheiden würde vielleicht auch zum **Mitarbeiten** motivieren.

Foto: Anja Hüttner

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl,
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
Kto-Nr.: 170500 7151; **BLZ:** 840 500 00 Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl.
V.i.S.P.: Dr. K. Walther, Würzburger Straße 48 98529 Suhl
Redaktionsschluss unserer Mai-Ausgabe 2012 ist am 19.04.2012.

Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!

Von MdB Klaus Ernst, Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Warum der Mindestlohn Thüringen stärkt

Trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung nimmt auch in Thüringen die Bevölkerung kontinuierlich ab. Das liegt vor allem an der sinkenden Geburtenrate und der Abwanderung insbesondere junger Menschen. Seit der Jahrtausendwende zogen jedes Jahr etwa 11500 Menschen mehr weg, als nach Thüringen kamen. Das Durchschnittsalter stieg auch dadurch stetig an. Einer zunehmenden Zahl von altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten stehen also immer weniger junge Nachwuchskräfte gegenüber.

Weniger Erwerbstätige bedeuten für die Kommunen auch weniger Einnahmen und weniger Einnahmen fallen zu Lasten der öffentlichen Leistungen. So wird ein flächendeckendes Netz von Krankenhäusern, Kindertagesstätten und Schulen auf Dauer schwer zu finanzieren. Ganz zu schweigen vom Ausbau der staatlichen Versorgungsleistungen für Ältere und Pflegebedürftige. Die statistischen Daten machen deutlich, wohin die Reise geht, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Sie sind aber kein Naturgesetz, dem wir uns wohl oder übel ausliefern müssen. Es ist möglich, der demografischen Entwicklung in Thüringen entgegenzusteuern, wenn die Ursachen der Abwanderungsbewegungen erkannt und beseitigt werden.

Dafür müssen wir uns nur vor Augen führen, dass hier 34 Prozent der Beschäftigten weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienen, während es im Bundesdurchschnitt nur 16 Prozent sind. Ein großer Teil davon sind Frauen, denn jede zweite Beschäftigte muss in Thüringen zum Niedriglohn arbeiten. Jede Fünfte ist darüber hinaus von Armut betroffen. Soll die Abwanderung gestoppt werden, müssen auch in Thüringen faire Löhne gezahlt werden. Das beste Mittel, das der Politik zu diesem Zweck zur Verfügung steht, ist die bundesweite Einführung eines Mindestlohns von zehn Euro die Stunde. Denn ein branchenübergreifender und flächendeckender Mindestlohn würde das Lohnniveau Thüringens an das jener Bundesländer angleichen, die zum Ziel der Abwanderung werden. Ein flächendeckender Mindestlohn würde also einen entscheidenden Grund wegzuziehen beseitigen.

Nach Berechnungen der PROGNOS AG würde ein Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde die Realeinkommen bundesweit um 17,7 Milliarden Euro erhöhen. Das hätte der Untersuchung zufolge einen Beschäftigungseffekt von 200000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Entsprechend würde der Mindestlohn auch in Thüringen dabei helfen, bereits vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und sogar neue zu schaffen. Die höheren Löhne würden außerdem für die Kommunen wiederum mehr Einnahmen aus der Gewerbesteuer bedeuten. Denn eine stärkere Kaufkraft kurbelt immer auch die regionale Wirtschaft an. Nur mit diesem Plus können die Herausforderungen gemeistert werden, die uns der demografische Wandel aufzwingt. Nur so können öffentliche Leistungen für Bildung, Gesundheit und Pflege auf Dauer flächendeckend sichergestellt werden.

Ina Leukefeld (MdL)

Von Arbeit muss man leben können

Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorsitzende des Sozialausschusses in Suhl sagt: „Wer gute Fachkräfte haben will, muss diese ordentlich bezahlen!“ und fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 EURO.

Die Landesregierung prahlt mit geringen Arbeitslosenzahlen, aber ein Jobwunder gibt es in Thüringen nicht. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar rückläufig – aber wir müssen uns schon die Qualität der Arbeitsplätze ansehen. Und da ist es leider so, dass knapp die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse prekärer Natur sind, das heißt also Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs, geringfügige Beschäftigung, Aufstocker, die trotz Arbeit nicht aus Hartz IV rauskommen. Viele junge Menschen, die ihre Zukunft in Suhl gar nicht planen können, verlassen deshalb unsere Stadt. Das ist ein schmerzlicher Verlust. Ändern kann man das nur, wenn endlich gute Löhne gezahlt werden. Ein Drittel aller Erwerbstätigen in Thüringen erhält weniger als EUR 8,50 die Stunde, bei Frauen sind es 43% und bei Jugendlichen unter 25 Jahren ist es jeder Zweite. Das ist eine Schande. Frauen verdienen in Deutschland noch immer im Durchschnitt 23 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Darauf haben wir zum Equal Pay Day vor dem Thüringer Landtag laut aufmerksam gemacht. Nur 24 % aller Unternehmen in Thüringen und die Hälfte aller Beschäftigten sind tarifgebunden. Deshalb müssen Gewerkschaften gestärkt werden. Es bleibt dabei: Von Arbeit muss man leben können, sonst sind Freiheit und soziale Gerechtigkeit hohle Phrasen.

Ina Leukefeld gemeinsam mit OB-Kandidat Holger Auerswald mit dem Elektroauto unterwegs durch die Suhler Stadtteile.

Von MdB Heidrun Bluhm (DIE LINKE)

Den Kommunen mehr Eigenmittel für die Stadtentwicklung

Demografischer Wandel und Stadtumbau verlaufen regional sehr unterschiedlich. Gerade wenn man Erfurt und Jena mit anderen Städten wie Suhl oder Meiningen vergleicht, liegen Wachstum und Schrumpfung dicht beieinander und verlaufen zeitgleich.

Die staatliche Wohnungsförderung ist künftig stärker nach der unterschiedlichen Situation in Ländern und Regionen zu differenzieren. Wir haben in Deutschland einen extrem differenzierten Wohnungsmarkt. Auf der einen Seite Wohnungsnot und extreme Knappheit an Wohnraum und damit rasant steigende Mieten, auf der anderen Seite zunehmender Leerstand und einen Verfall der Immobilienpreise, oftmals verbunden mit einem Verfall der nahen Infrastruktur und des Wohnumfeldes. Einer aktiven Wohnungsmarktpolitik der öffentlichen Hand fällt eine Schlüsselrolle zu. Ein notwendiger und bedarfsgerechter Bestand an öffentlichen Wohnungen mit Mieten, die einkommensschwache Haushalte auch bezahlen können, ist nötiger denn je.

Das Programm Soziale Stadt, das Städtebauförderung mit Beschäftigungsförderung verbindet, muss ausgebaut werden und darf nicht weiter gekürzt werden. Wir fordern, langfristig alle staatlichen Fördermittel zur sozialen Wohnraum- und Stadtentwicklung zu bündeln und den Kommunen somit mehr Eigenverantwortung zur flexiblen und bedarfsgerechten Verwendung einzuräumen.

Ein Haupthindernis für den Erfolg des Förderprogramms Stadtumbau Ost sind die Altschulden der ostdeutschen Wohnungsunternehmen. Sie wirken direkt als Investitionshindernis. Alljährlich fordern wir die Entlastung der ostdeutschen Wohnungsunternehmen von ihren Altschulden, bisher leider ergebnislos.

Darüber hinaus will DIE LINKE die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Stadtumbauprozess stärken. Stadtentwicklung darf nicht von den Interessen der Investoren dominiert, sondern muss demokratisch ausgehandelt werden.

Schon im Jahr 2011 hat die Bundesregierung die Programme der Städtebauförderung zusammengestrichen. Nun will sie auch noch das Mietrecht für Mieterinnen und Mieter verschärfen und begründet das mit dem Klimaschutz.

Klimaschutz ist ein vordringliches programmatisches Ziel der LINKEN. Da im Gebäudebereich ca. 40 Prozent aller Energie in Deutschland verbraucht und beinahe 20 Prozent des CO^2-Ausstoßes verursacht werden, müssen gerade hier spürbare und nachhaltige Impulse durch die Politik gesetzt werden. Die Programme der Städtebauförderung müssen von derzeit 455 Mio. EURO (2011 und 2012) auf den tatsächlichen Bedarf von 700 Mio. EURO jährlich angehoben und auf diesem Niveau verstetigt werden. Nur eine Wohnwertsteigerung und eine Ersparnis bei den Heiz- und Energiekosten soll sich in sozial verträglichen Mietsteigerungen niederschlagen dürfen. Das Instrument des dynamischen Wohngeldes ist dafür zu nutzen.

Von Holger Auerswald, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Suhler Stadtrat

Stadtumbau – Gesellschaftsumbau

Wir leben in einer Zeit radikaler Umbrüche. Der Stadtumbau ist Wirkung und Ursache in einem.

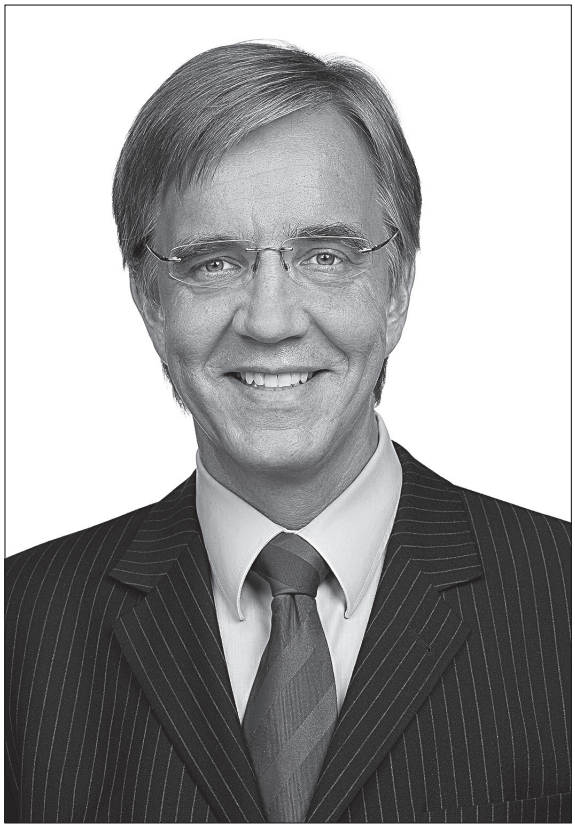
Er ist zum einen Reduktion auf das noch Notwendige und zugleich Reaktion auf neue Bedürfnisse. Mit dem Stadtumbau reagieren wir auf eine global veränderte Arbeitswelt und schaffen zugleich gute Bedingungen für die Menschen, die in Zukunft hier leben wollen oder müssen. Wenn wir auf der einen Seite Abriss vollziehen, müssen wir an anderer Stelle neu bauen. Die nicht benötigte Infrastruktur muss zurückgebaut und gleichzeitig die verbleibende für die Zukunftsansprüche ertüchtigt werden. Zwar lautet das Sprichwort „Allen Menschen recht getan, ist ein Kunst, die keiner kann“. Doch letztlich muss der Stadtumbau genau das: Allen gerecht werden. Alten und Jungen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Armen und Reichen - alle sind in unserer Stadt vertreten.

In Suhl bewegt sich die Kommunale Wohnungsgesellschaft (GeWo) seit Jahren in schwierigem Wasser. Ich kann mir vorstellen, dass die GEWO mit einem neuen Standbein ihre Zukunft sichern kann. Aus ihr kann eine moderne Stadtentwicklungsgesellschaft werden, die neben der Wohnraumbewirtschaftung mit modernem Quartiersmanagement an der Stadtgestaltung mitwirkt. Dazu ist eine enge Kooperation mit bestehenden und entstehenden Wohnquartierbeiräten anzustreben. Planungsleistungen, die bisher in der Kernverwaltung eingeordnet waren, sind möglicherweise in dieser Gesellschaft zu leisten. Somit würde neben dem städtischen Eigenbetrieb eine weitere stadtnahe Wirtschaftsunternehmung entstehen, die mit gewissem Freiraum agieren kann.

Das Wohngebiet Suhl-Friedberg entwickelt sich gut und ohne die Tilgung von Altschulden.

Von MdB Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

In Berlin etwas für Suhl tun!



Kann DIE LINKE wirklich etwas bewegen, auch für Sie in Thüringen etwas tun? Vielleicht kennen Sie die legendäre Ricola-Werbung: Drei stattliche nackte Männer genießen nach der Sauna diese Bonbons und rühmen sie als finnische Erfindung. Da bedrängt sie ein Männlein: "Wer hat's erfunden?" Kleinlaut gestehen die Hünen: "Die Schweizer!" In der Politik gibt es keinen Urheberschutz – Erfolge haben meist viele Mütter und Väter, Niederlagen sind Waisen. Die Konkurrenz hat sich fleißig bei uns bedient. Der Mindestlohn gehört heute ebenso ins Repertoire anderer Parteien wie die Forderungen nach einem Abzug aus Afghanistan oder nach einer höheren Besteuerung der Superreichen. Eines wiederholte sich ständig: Als zuerst DIE LINKE diese und viele andere Themen aufbrachte, ließ die Ablehnung nicht auf sich warten. Die wurde mal lauthals empört, mal herablassend onkelhaft vorgetragen. Die linken Spinner eben mit ihren wirklichkeitsfremden Vorstellungen.

Ich bin wegen des Ideenklaus nicht groß empört. Wir wollen die Gesellschaft verändern, nicht bloß Recht behalten. Allerdings liegen zwischen Worten und Taten oft Welten. Die Sozialdemokratie und die Grünen müssen noch nachweisen, ob sie sich tatsächlich von der unsozialen Politik verabschieden, die Gerhard Schröder und Joschka Fischer mit der „Agenda 2010“ erfunden haben. Die jetzige CDU-geführte Bundesregierung brauchte Monate, sich über Almosen für Hartz IV-Beziehende zu einigen, eine milliardenschwere Bankenrettung wuppte sie binnen Stunden. Entgegen allem Wortgeprassel sterben am Hindukusch weiter Zivilisten wie auch deutsche Soldaten und solche aus anderen Ländern. Die Rente erst ab 67 ist gestartet. Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie werden uns LINKEN leider die Themen nicht ausgehen, doch wir bleiben dran!

Mir ist die Kommunalpolitik besonders wichtig. Hier können wir unmittelbar etwas für die Bürgerinnen und Bürger tun, oder besser: die Dinge gemeinsam anpacken. Dabei können auch LINKE nicht zaubern. Unsere Bundestagsfraktion will die Bedingungen für die Kommunalpolitik verbessern. Im Grundgesetz steht eine kommunale Selbstverwaltungsgarantie. Die Stadtsäckel sind jedoch oft dermaßen leer, dass Verwalten oder Gestalten kaum noch zu machen ist. Die klammen Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben aufgebrummt, ohne dass die Finanzierung gesichert ist. Das betrifft unter anderem den Ausbau der Kinderbetreuung, die Hilfen für Menschen mit Behinderung und die Beiträge zur Erziehung. DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass sich der Bund ordentlich an der Finanzierung solcher Aufgaben beteiligt und ein einfaches Alltagsprinzip auch hier greift: Wer bestellt, muss auch bezahlen! Die Städte und Gemeinden müssen ein größeres Stück vom Steuerkuchen abbekommen und der Bund muss ein Konjunkturprogramm auflegen, damit Schulen, Straßen, Bäder, Krankenhäuser und vieles mehr in Ordnung gebracht werden können. Wenn wir in Berlin dafür etwas tun, werden auch Sie in Suhl davon etwas haben.

Bürgermeister Klaus Lamprecht

Links wirkt.

In der Kommunalpolitik können die ehrenamtlichen Räte und Verwaltungen oft nur noch auf die zunehmenden sozialen Fehlentwicklungen in dieser Gesellschaft reagieren.

Die Linke in Suhl zeichnet dabei aus, dass bei den zu treffenden Entscheidungen zuerst die Sichtweise von Betroffenen beachtet und diese in Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

Meine Erfahrung ist, dass es auf diesem Weg oft zu Lösungsansätzen kommt, um wenigstens Leistungen zu sichern, auch bei notwendigen Strukturveränderungen.

Auch die Partner in Suhl wissen um die finanzielle Lage und erwarten von Linken keine Wunder, aber dass sie sowohl die Ursachen als auch die Folgen benennen. Ein Erkennungsmerkmal der Linken in Suhl ist ein sozialer Pragmatismus, der zu Lösungen führt. Fundamentalopposition hilft hier gar nicht. Wir werden nicht dafür gewählt, um vor der Tür zu warten. Nicht nur besser wissen, sondern besser können! Dazu gehört in Suhl die Berücksichtigung der konkreten Bedarfe im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung. Durch diese Offenheit in der Arbeit findet die Linke auch Partner bei notwendigen Entscheidungen. Das anerkennen die Menschen.

Von Katrin Kunert, Mitglied des deutschen Bundestages (DIE LINKE)

Sport für alle braucht moderne und barrierefreie Sportanlagen

„Sport für alle“ ist eine zentrale Forderung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Voraussetzung dafür sind überall verfügbare Sportstätten in gutem Zustand. Aus diesem Grund setze ich mich als sport- und kommunalpolitische Sprecherin im Bundestag besonders in den Haushaltsberatungen für die Neuauflage eines bundesweiten Sportstättenförderprogramms ein.

Der „Goldene Plan 3.0“ soll Sanierung und Errichtung von Sportstätten für den Breitensport unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien, der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Menschen mit und ohne Behinderungen ermöglichen. Vorbild sind der Goldene Plan aus den 60er Jahren in der damaligen Bundesrepublik sowie der Goldene Plan Ost von 1999. Letzterer sollte die Angleichung der Sportstätteninfrastruktur im vereinten Deutschland bewirken.

Die aktuelle Situation der Sportstätten ist Besorgnis erregend und „Sport für alle“ noch immer Wunschdenken. Der Goldene Plan Ost wurde 2010 gegen unser Votum ersatzlos gestrichen. Viele Sportanlagen in Westdeutschland verdanken ihre Existenz der Förderung durch den ersten Goldenen Plan und sind entsprechend veraltet. Der Sanierungsbedarf der Sportstätten in Deutschland wird auf 42 Mrd. Euro geschätzt. Dabei ist zu beachten, dass diese Zahl schon einige Jahre alt ist. Eine aktuelle Untersuchung ist kürzlich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Auftrag gegeben worden und wir werden die Ergebnisse im Sommer im Sportausschuss diskutieren.

Den Kommunen fehlt das Geld und immer mehr Sportanlagen verfallen. Auf lange Sicht bedroht dies auch den Spitzensport. Wenn Kinder und Jugendliche aufgrund fehlender Sportinfrastruktur nicht die Möglichkeit haben, Sport zu treiben, wird künftig der Nachwuchs fehlen. Die Spitzensportlerinnen und Spitzensportler von heute haben gestern in dem Sportverein um die Ecke trainiert. Aber wo werden die Spitzensportlerinnen und Spitzensportler von morgen sein, wenn der Sportverein um die Ecke wegen Verfall und zu hoher Unterhaltungskosten geschlossen werden muss? Für die Kommunen bedeutet dies einen Verlust an Attraktivität. Eine Sanierung hingegen könnte Kosten sparen. Viele Sportanlagen entsprechen nicht den energetischen und ökologischen Standards, was die Kosten in die Höhe treibt. Investitionen in diesem Bereich hätten nachhaltige Auswirkungen auf die Umwelt und die Finanzlage.

Spitzensportförderung beginnt mit verantwortungsvoller Breitensportförderung und diese setzt gute Sportstätten voraus. Neben den infrastrukturellen Voraussetzungen müssen auch die Nutzungskonzepte überarbeitet werden. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, über Alternativen bei der Sportförderung nachzudenken. Konzepte zur gemeinsamen Nutzung von Sportanlagen durch Breiten- und Spitzensport sowie die kostenlose Nutzung von Sportstätten sind nur einige Vorschläge, die wir immer wieder in die Debatte einbringen werden, um das Ziel „Sport für alle“ zu erreichen.

Von Stadtrat Fred Korn (DIE LINKE)

Sport in Suhl – Einheit, Vielfalt und Probleme

Erfolge im Europapokal im Volleyball, erfolgreiches Abschneiden im Wettkampfbetrieb der Gewichtheber, im Badminton, des Turnvereins, der Schützen vom Friedberg und des Athletenclubs, Einzelerfolge im internationalen und nationalen Nachwuchsbereich des Rennschlitten- und Skiverbandes zeigen, dass der Sport in Suhl eine gute Basis besitzt. Durch ehrenamtliches Engagement und eine große Breite der sportlichen Nachwuchsarbeit wird dies möglich. Doch am Suhler Sporthimmel drohen auch Gewitterwolken. Haushaltssperren, Schulgebäudeschließungen und der demografische Wandel stehen im Focus des Sportstättenleitplanes. Es zeigen sich Verschleiß und die Folgen der unterlassenen Werterhaltung, denn es fehlen immer mehr Haushaltsmittel. Fördermittel laufen aus oder es fehlen die Eigenmittel. Das Auestadion, die Kegelhalle Tivoli und die ständig notwendige Modernisierung im Schießsportzentrum sind einige überfällige Investitionsobjekte. Vereinszusammenschlüsse und Konzentration auf Schwerpunktsportarten bringen Teillösungen. Befristete Verträge zu Förderung von Sport in Kitas, an Regelschulen, für offene Sportformen und Betriebskostenzuschüsse für Sportanlagen sind nur kurzfristig möglich. Korrekturen, Konzentration und Rückbau von Sportstätten sind wohl zu überlegen. Was bleibt, sollte jetzt und auch später, zeitgemäß und solide erstellt sein. Der Sport sollte in den Köpfen der Stadträte einen wichtigen Platz haben. Sport, Gesundheit und Wohlbefinden bilden ja gewissermaßen eine Grundlage für ein sinnerfülltes Leben.

Von MdB Caren Lay, Bundesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE

Mietenexplosion stoppen!

Recht auf bezahlbares Wohnen muss Grundrecht werden

Das Wohnen zur Miete wird immer teurer, für viele Menschen zu teuer. Die Mieten steigen, insbesondere bei Neuverträgen. Und zwar in einem Ausmaß, das in keinem Verhältnis zur – stagnierenden – Lohnentwicklung steht. Im Ergebnis wird der Anteil der Ausgaben für Wohnen am Haushaltseinkommen immer größer. Steigende Armut, der faktische Ausstieg aus sozialem Wohnungsbau, die Umwandlungen in Eigentumswohnungen und Spekulation mit Wohnungen haben zu einem neuen Wohnungsmangel geführt. Schwarz-Gelb macht diese Problemlage noch schlimmer: Öffentliche Mittel wurden gekürzt, Maßnahmen für energetische Sanierung gehen einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter. Mieterrechte sollen weiter eingeschränkt, Räumungen erleichtert und neue Kündigungs-gründe eingeführt werden. Wohnungsnot, Obdachlosigkeit oder die Zwangsumzüge von Erwerbslosen sind für diese Bundesregierung kein Thema.

Der unsozialen Politik von CDU und FDP setzt DIE LINKE mit einer mieten- und wohnungspolitischen Offensive eigene politische Alternativen entgegen. Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Wir stellen das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum in den Mittelpunkt und wollen es im Grundgesetz verankern.

Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt, nicht der Markt, und schon gar nicht die Profitabsicht von Vermietern. Wir setzen daher auf die Stärkung von Mieterrechten und mehr Wohnungsbau durch kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften. Das bedeutet, die Privatisierungspolitik vieler Kommunen zu stoppen, eine Rekommunalisierung in Angriff zu nehmen und den Anteil von öffentlichen und Genossenschaftswohnungen zu erhöhen. Öffentlicher Wohnungsbau und das Genossenschaftswesen müssen unterstützt werden, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Dazu gehört auch die Streichung der Altschulden ostdeutscher Wohnungsunternehmen. Kommunaler Wohnungsbau darf keine Profitabsichten verfolgen. Er muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und zu sozial verträglichen Mieten beitragen.

Das bisherige System, bei dem allein die Interessen der Vermieter und des Marktes die Mietpreise regeln, ist ungeeignet, die Mietenexplosion zu stoppen. Eine zentrale Forderung der LINKEN ist deshalb die Einführung von Mietobergrenzen: die Miethöhe darf 30 Prozent des durchschnittlichen Haushalts-Netto-Einkommens nicht überschreiten. Dies muss sowohl für Bestandsmieten als auch für neue Mietverträge gelten.

Mieten- und Sozialpolitik wirken sich massiv auf das soziale Gefüge von Städten und Wohnvierteln aus. Um der Verdrängung von Einkommensschwächeren entgegen zu wirken, fordert DIE LINKE den Stopp von Zwangsumzügen für Hartz-IV-Betroffene, die Erhöhung und jährliche Anpassung des Wohngeldes, die Verbesserung des Milieuschutzes und die Verhinderung von Luxusmodernisierungen.

Wir unterstützen die Betroffenen der unsozialen Mietenentwicklung und arbeiten vor Ort mit Mieterverbänden zusammen. Wir setzen uns ein für die Stärkung von Mieterrechten, Mieterbeiräten und ebenso für mehr Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung. Denn DIE LINKE ist die Partei der Mieterinnen und Mieter.

Einwohnerschwund

Die Suhler Öffentlichkeit wird mit populistischen Forderungen nach Wohnungsabriss-Stopp überhäuft. Ein akuter Wohnungsmangel sei der Hauptgrund für die Abwanderung. Bevölkerungsschwund kann aber zwei Gründe haben: entweder die Zahl der Geburten wird von der Sterberate übertroffen, oder es verlassen mehr Einwohner die Stadt als zuziehen. Natürlich gilt beides. Doch die Frage, welche Ursache die gewichtigere ist, beantwortet den Wählerinnen und Wählern niemand. Ist das der Stadtverwaltung unter dem OB Dr. Triebel überhaupt bekannt? Herr Kalkhake rechnet bis 2025 mit einem jährlich gleichbleibenden Verlust von 1000 Einwohnern. Aber bereits 2011 hat sich der Einwohnerschwund auf unter 600 verringert. Und wie geht es weiter? - KAWA -

Von Stadträtin Ilona Burandt (DIE LINKE)

Knapper Wohnraum ist ein Problem

Der Wahlkampf um den OB–Stuhl ist in vollem Gange. Eine ganze Weile war es ruhig geworden um den Abriss von Wohnanlagen in Suhl, obwohl die Schuttberge täglich eine andere Sprache sprechen. Doch nun hat Mitbewerber Kalkhake, CDU, die Problematik der Demografie und den damit verbundenen Abriss eines ganzen Wohngebietes wie ein Zauberlehrling aus der Tasche geholt. Für mich zu spät, in diesem Jahr werden weitere Blöcke in Nord dem Abriss zum Opfer fallen.

Ich habe mich seit Jahren dafür eingesetzt, auch unter dem Blickwinkel der Demografie, sorgsam mit bezahlbarem Wohnraum umzugehen, den es gerade in Suhl – Nord (noch) gibt. Schon jetzt ist festzustellen, dass solche Wohnungen in anderen Wohngebieten knapp sind. Wenn wir nicht aufpassen, wird die Wohnungsfrage bei der heutigen Entwicklung – geringe Geburtenraten, steigende Lebenserwartung, gravierende Zunahme von Altersarmut und die Gefahr von explodierenden Mieten - für viele Menschen unserer Stadt zu einem großen Problem. Das Angebot von bedarfsgerechtem, gleichwertigem und bezahlbarem Wohnraum muss dringend aufrecht erhalten werden. Das wird die Stadt vor große Herausforderungen stellen, davon bin ich überzeugt.

Ilona Burandt unterschreibt einen Protest gegen das Altschuldengesetz

Von MdB Dr. Axel Troost, Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

UmSteuern für zukunftsfähige Kommunen

In vielen Kommunen diktiert der Rotstift die Politik: Theater und Schwimmbäder werden geschlossen, Öffnungszeiten der Verwaltung ausgedünnt und Investitionen in die kommunale Infrastruktur unterlassen. Es gibt kaum eine öffentliche Dienstleistung der Kommunen, die sich den Kürzungen entziehen kann. Im Zeitraum zwischen 1991 und 2010 haben die Kommunen insgesamt mehr als 30 Prozent ihrer Beschäftigten abgebaut oder verlagert.

Eine gefährliche Situation, weil durch die Kürzung der Investitionen in die kommunale Infrastruktur darüber hinaus die wirtschaftliche Entwicklung in der Region ausgebremst wird. Eine Spirale aus sinkender Nachfrage der Kommune, die zu einer Verschlechterung der Auftragslage der Unternehmen und letztlich zu ansteigender Arbeitslosigkeit und Sozialausgaben führt. Dieser dauerhafte Abwärtstrend ist nur durch eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen zu durchbrechen.

Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, ist die Umverteilung von Steuereinnahmen zugunsten der Kommunen, beispielsweise durch die Streichung der Gewerbesteuerumlage, die an Bund und Länder fließt. Zudem muss insbesondere der Bund bei der Finanzierung der Sozialausgaben der Kommunen stärker in die Verantwortung genommen werden. Die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter übernimmt der Bund ab 2014. Die Erstattung der Kosten der Unterkunft und Heizung für Hartz-IV-Beziehende durch den Bund ist längst überfällig.

Die hierdurch erzielten Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben entlasten die Kommunen um einen Betrag von mehr als 15 Milliarden Euro pro Jahr. Für die Kommunen bedeutet dies allerdings nur eine Wiederherstellung des Niveaus von 1992. Im Jahr 2010 wiesen die Kommunen ein Defizit von knapp acht Milliarden Euro aus. Daher ist eine reine Umverteilung der Steuermittel zugunsten der Kommunen nicht ausreichend. Eine Verbesserung der Einnahmesituation von Bund, Ländern und Kommunen ist dringend notwendig. DIE LINKE hat einen eigenen Entwurf für ein Steuerkonzept erarbeitet. Es umfasst auch die Entwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer.

Dieses Konzept sieht vor, die Steuerpflicht auf alle erwerbswirtschaftlich tätigen Selbständige und Freiberufler zu erweitern, wobei der Freibetrag auf 30 000 Euro erhöht und die gezahlte Steuer in vollem Umfang von der zu zahlenden Einkommensteuer abgezogen werden soll. Zusätzlich ist die Regelung zur Gewinnermittlung neu zu fassen. Den Kommunen in Thüringen würde die Einführung einer solchen Gemeindewirtschaftsteuer rund 184 Millionen Euro zusätzlich einbringen - für ganz Deutschland wären es ca. 14 Milliarden Euro. Außerdem wird durch die Veränderung der Gewinnerfassung die Gemeindewirtschaftsteuer deutlich weniger von der Konjunktur abhängen. Kürzung von öffentlichen Leistungen ist daher kein Naturgesetz, ein UmSteuern ist möglich.

Von Dr. Reiner Miersch (DIE LINKE), Vorsitzender des Suhler Stadtverbandes und des Haushaltsausschusses der Stadt Suhl

LINKES Steuerkonzept erschließt Potenziale

Man sagt, der Haushaltsplan einer Stadt sei in Zahlen gegossene Politik. Davon kann in Suhl in den vergangenen Jahren keine Rede sein. Vielmehr scheint`s ein Lotteriespiel, wie der Haushalt ausgeht. Seit 2005 wechselten sich Plus und Minus in der Jahreshaushaltsrechnung ab. 2012 werden wir zum wiederholten Male keinen ausgeglichenen Haushalt beschließen können, was erneut vorläufige Haushaltsführung heißt.
Ursache sind nicht ausufernde Ausgaben, sondern nicht beherrschbare Einnahmeschwankungen. Vor allem die drastisch gekürzten Schlüsselzuweisungen durch das Land belasten aber auch die Einnahmen der Stadt durch die Gewerbesteuer sind stark abhängig von der Konjunktur.
Der Stadtrat und auch unsere Fraktion haben viele Einsparpotentiale erschlossen. Aber auch das aktuelle 53-Punkte-Programm bleibt bei der Haushaltspolitik von Bund und Land nur Makulatur. Hilfreich wäre die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer. Durch Einbeziehung der Freiberufler und Selbständigen garantiert sie höhere Einnahmen und eine geringere Konjunkturanfälligkeit. Vor allem aber muss gelten, wenn Bund und Land Aufgaben an die Kommune übertragen, müssen sie auch das Geld dafür bereitstellen.

Am 22. April ihre Stimme für Holger Auerswald
www.holger-auerswald.de